

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

DRINGEND

WIEN,

10.029/04-IA10/92

12. Okt. 1992

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	106-GE/19 P2
Datum: 19. OKT. 1992	
Verteilt	23. Okt. 1992 NEM

*L. Hager*

Entwurf eines Bundesgesetzes über den Aufwand-  
ersatz von gesetzl. Interessenvertretungen  
und freiwilligen Berufsvereinigungen in Ar-  
beitsrechtssachen sowie über die Änderung des  
Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben des BKA-Verfassungs-  
dienst vom 13. Mai 1976, GZl. 600.614/3-VI/2/76, beehrt sich  
das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in der  
Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zum Entwurf  
eines Bundesgesetzes über den Aufwandsersatz von gesetzlichen  
Interessenvertretungen und freiwilligen Berufsvereinigungen in  
Arbeitsrechtssachen sowie über die Änderung des Arbeits- und  
Sozialgerichtsgesetzes zu übermitteln.

Beilagen

Für den Bundesminister:  
i.V. Ing. Raab

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Prinner*



## REPUBLIK ÖSTERREICH

## BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

A-1012 Wien, Stubenring 1: Präsidialsekt., Sekt. I, Sekt. II, Sekt. III, Buchhaltung, Tel. (0222) 71100 DW  
A-1012 Wien, Stubenring 12: Revision, Sekt. IV, Sekt. V, Abt. III B 7, III B 11, Tel. (0222) 51510 DW

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

i m   H a u s e

Wien, am      12. Okt. 1992  
Telefax BMLF.:

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

Sachbearbeiter/Klappe

53.100/7-3/92

10.029/04-IA10/92

Ing. Raab/6652

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes über den Aufwand-  
ersatz von gesetzl. Interessenvertretungen  
und freiwilligen Berufsvereinigungen in Ar-  
beitsrechtssachen sowie über die Änderung des  
Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes; Begut-  
achtungsverfahren

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft nimmt Bezug  
auf die do. Note vom 11. August 1992 betreffend den Entwurf  
eines Bundesgesetzes über den Aufwandsersatz von gesetzlichen  
Interessenvertretungen und freiwilligen Berufsvereinigungen in  
Arbeitsrechtssachen sowie über die Änderung des Arbeits- und  
Sozialgerichtsgesetzes bzw. zum Entwurf einer Verordnung über  
den Aufwandsersatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und  
freiwilligen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen und  
beehrt sich folgende Stellungnahme zum Gegenstand abzugeben:

Den Erläuterungen zu Art. I des Entwurfes ist zu entnehmen, daß  
sich die Zuständigkeit des Bundes zur Schaffung einer diesbe-  
züglichen Regelung auf Art. 10 Abs. 1 Zif. 6, 7, 8 und 11 bzw.  
auf Art. 11 Abs. 1 Zif. 3 und Abs. 3 des Bundes-Verfassungsge-  
setzes gründet, da es sich bei dem Anspruch auf Vertretungs-  
aufwand um eine Angelegenheit der Interessenvertretungen

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

- 2 -

handelt. Bei Bezugnahme auf den Kompetenztatbestand des Art. 11 Abs. 2 Z 3 (Volkswohnungswesen) scheint ein offenkundiger Schreibfehler bei der Redaktion der Erläuterungen unterlaufen zu sein (richtig: Z 2). Welche Bestimmung des Art. 10 Abs. 1 Zif. 7 des B-VG herangezogen wird, erscheint allerdings unklar. In die Regelungskompetenz der Länder fallende berufliche Vertretungen werden daher nicht erfaßt. Wenn der Anknüpfungspunkt von der Regelungskompetenz der gesetzlichen Interessenvertretungen (Art. 10 Abs. 1 Zif. 8 und 11 B-VG) ausgeht, so führt dies hinsichtlich der Interessenvertretungen der Land- und Forstwirtschaft zu unsachlichen Differenzierungen. Es ist nicht sachgerecht, wenn die gesetzlichen Interessenvertretungen der Land- und Forstwirtschaft von der geplanten Regelung ausgeschlossen werden und die diesbezügliche Regelungskompetenz des Ländern zugeordnet wird, die freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigungen aber erfaßt werden.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist der Auffassung, daß hinsichtlich des Aufwandersatzes ausschließlich Art. 10 Abs. 1 Zif. 6 B-VG als Kompetenzgrundlage herangezogen werden kann. Es sollte daher kein eigenes Gesetz geschaffen werden, sondern mit einer Novellierung des ASGG das Auslangen gefunden werden. Die Bestimmungen des Art. I sollten in den Art. II d.h. in das ASGG, eingearbeitet werden. Zur Klärung dieser verfassungsrechtlichen Frage wäre gegebenenfalls ein Gutachten des Bundeskanzleramtes/Verfassungsdienst wünschenswert. Sollte es zu interministeriellen Gesprächen kommen, wird um Beiziehung von Vertretern des ho. Ressorts gebeten.

Von dieser Vorlage sind lediglich Aufwandersätze in Arbeitsrechtssachen, nicht aber in Sozialrechtssachen erfaßt. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirt vertritt die Auffassung, daß auch der Aufwandersatz der Berufsvertretungen in Sozialrechtssachen geregelt werden sollte, zumal die Vertretung in diesen Verfahren mit hohen Kosten verbunden ist. Dies trifft besonders auf die Verfahren im ländlichen Raum im Zusammenhang

- 3 -

mit der durch das ASGG vorgenommenen Dezentralisierung der Gerichtsorte zu. Eine Ausklammerung der Sozialrechtssachen wird daher als nicht gerechtfertigt angesehen.

25 Abschriften dieser Stellungnahme werden wunschgemäß dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für den Bundesminister:

i.V. Ing. Raab

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Prinner*